

**Martin Kunzmann
DGB-Landesvorsitzender**

1. Mai-Kundgebung

Ulm, 1. Mai 2017

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,
sehr verehrter Herr Oberbürgermeister,
Herr Czisch,

Wir sind viele, wir sind eins. Das ist unser 1. Mai-Motto - und es ist ein tolles Motto.

Es bringt auf den Punkt, wofür wir stehen:
Wir sind eine starke Gemeinschaft.
Wir kämpfen gemeinsam für Solidarität, Freiheit
und Gleichheit.

Wir sind die, die sich darum kümmern, dass die
Menschen bessere Lebens- und
Arbeitsbedingungen haben.

Dass wir viele sind, habt ihr gerade bei dem
Demozug bewiesen.

Und es zeigt sich auch hier auf dem Münsterplatz.

Wir sind viele: Mehr als sechs Millionen
GewerkschafterInnen in Deutschland,
rund 812.000 in Baden-Württemberg.

Damit sind wir mit weitem Abstand die größte
Organisation von Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmern.

Unsere Stimme hat Gewicht.

Uns eint, dass wir füreinander eintreten.

Uns eint das Wissen, dass wir gemeinsam viel
mehr erreichen als allein.

Uns eint, dass wir die kommenden
Herausforderungen selbstbewusst und
entschieden angehen.

Uns eint, dass wir gemeinsam viel erreicht haben!

- zum Beispiel beim Mindestlohn.

Er wurde zu Jahresbeginn von 8,50 Euro auf 8,84 Euro erhöht.

Er sichert Tausenden Menschen, vor allem Frauen,
ein höheres Einkommen.
Aber das reicht noch lange nicht!

Der Mindestlohn ist viel zu gering, um davon wirklich leben zu können.

Wer Mindestlohn bezieht, muss fast 59 Jahre arbeiten.

Nur dann hat man mehr Rente als die Grundsicherung.

Da stimmt etwas nicht - und zwar gewaltig!

Wir dürfen da nicht lockerlassen.

Der Mindestlohn ist nicht der Untergang des Abendlandes,

auch wenn dieses Schreckgespenst immer wieder von seinen Gegnern heraufbeschworen wird.

Der Mindestlohn ist die allerunterste Grenze des Anstandes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Doch das ist nicht alles.

Auch die von uns hart erkämpften Rechte beim Arbeitszeitgesetz werden attackiert.

Erst jüngst der Bundesfinanzminister in Stuttgart und jetzt seine Kollegin Arbeitsministerin Hoffmeister-Kraut.

Zum Tag der Arbeit fordert sie eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Sie will eine Aufweichung der täglichen Höchstarbeitszeit und eine Einschränkung bei den Ruhezeiten.

Das funktioniert mit uns nicht.

Keine weitere Ausweitung der Höchstarbeitszeit!

Keine Einschränkung bei den Ruhezeiten!

Das zeigt auch die aktuelle Befragung der IG

Metall:

eine überwältigende Mehrheit der Beschäftigten

– 96 Prozent – will auch in Zukunft ein

wirkungsvolles Arbeitszeitgesetz!

Sie finden es richtig, dass die Höchstgrenzen

bleiben und dass es feste Ruhephasen gibt!

Das Arbeitszeitgesetz ist flexibel genug, deshalb Finger weg.

Was wir brauchen sind vielmehr Gestaltungsspielräume für die Menschen.

Ein weiterer Punkt, der mir dazu am Herzen liegt, ist ein verankertes Recht zur Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit.

Die Unionsparteien haben das hierzu versprochene Gesetz verschleppt.

Wir werden weiterhin Druck machen, dass es Verbesserungen für die Betroffenen gibt. Es sind vor allem Frauen, die oft in der Teilzeitfalle feststecken.

Sie müssen mitentscheiden können, wann, wo und wieviel sie arbeiten!

Schon heute leisten die Beschäftigten zwei Milliarden Überstunden
– davon ist die Hälfte unbezahlt.

Eine Milliarde Überstunden – dies ist ein milliardenschweres Geschenk an die Arbeitgeber!

Das ist Zeit, die für die Familie, für Hobbies, für ehrenamtliches Engagement fehlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Arbeit auf Abruf ist inzwischen im Einzelhandel gang und gäbe.

Arbeit auf Abruf ist aber keine Arbeitsform, die ins 21. Jahrhundert gehört!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Auf unserem Arbeitsmarkt herrschen teilweise antike Verhältnisse.

Leiharbeit zu Dumpingkonditionen, unfreiwillige Teilzeit, Werkverträge, Minijobs, grundlos befristete Stellen und all die anderen prekären Arbeitsverhältnisse sind inzwischen an der Tagesordnung.

Ein Fünftel der Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnsektor!

Jeder Fünfte verdient weniger als 10 Euro in der Stunde!

Und dann setzt die CDU dem Ganzen noch die Krone auf, indem sie den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zensiert.

Das zeigt, Menschen mit einem größeren Geldbeutel haben mehr Einfluss in diesem Land!
Die Ärmsten der Armen haben keine Armadas von Beratern und Wirtschaftsanwälten!
Sie brauchen uns als starke Lobby.

Mehr denn je gilt das Zitat von Franz Steinkühler:

Das Stärkste, was die Schwachen haben, sind starke Gewerkschaften.

Liebe Freundinnen und Freunde –
gute Arbeit,
gesunde Arbeit,
anständig bezahlte Arbeit
und mitbestimmte Arbeit sind keine Utopie!

Unser Land bringt technologische Spitzenleistungen hervor.
Deutschland ist wieder Exportweltmeister – dank der Leistung der Beschäftigten!
Es ist unser Verdienst, dass es vielen Menschen bei uns gut geht!

Zum Glück!

Die Gewerkschaften haben gute Tarifabschlüsse erzielt!

2016 sind die tariflichen Entgelte um rund 2,4 Prozent gestiegen.
Das ist unser Erfolg!

Die Arbeitgeber halten den Mythos vom Fachkräftemangel am Leben.

Mit ihren Klageliedern über den Fachkräftemangel vernebeln sie den Blick auf die Wirklichkeit.

In den allermeisten Branchen gibt es gar keinen Fachkräftemangel!

Und wenn, dann ist er hausgemacht.

Wenn nur noch rund 20 Prozent der Betriebe ausbilden,
wo sollen denn dann die Fachkräfte vor morgen herkommen?

Gerade jungen Menschen werden nach der Ausbildung, beim Berufseinstieg Steine in den Weg gelegt:

Die Arbeitgeber können Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger leicht in befristete und ungeschützte Arbeitsverhältnisse drängen.

So werden Talente verschenkt, Karrieren und Familiengründungen behindert.

Die Menschen heute sind so gut ausgebildet wie kaum eine Generation zuvor.

Sie sind motiviert, kreativ und leistungsbereit!

Sie haben das Recht, hierfür auch gute Löhne zu fordern.

Sie haben es nicht verdient, dass Tarifverträge missachtet oder umgangen werden.

Sie haben es nicht verdient,
dass sie sich von Befristung zu Befristung hangeln müssen,
dass sie von einer Leiharbeitsfirma zur nächsten geschoben werden!

Ich kann den jungen Menschen nur zurufen:

Pocht auf eure Rechte – und lasst euch von einer Gewerkschaft den Rücken stärken!

Wir treten ein für die Rechte der Jüngeren genauso wie für die Rechte der Älteren!

Wir sind viele!
Wir sind solidarisch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
seit dem 1. April gilt das Gesetz zur
Beschränkung von Leiharbeit.

Der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften,
kämpft seit Jahren dafür, dass die Auswüchse bei
der Leiharbeit

und die Missstände bei Werkverträgen
eingeschränkt werden.

Nach langem Gezerre und Gezeter der
Arbeitgeber ist das Gesetz in Kraft.

Doch schon jetzt zeigt sich:
Es taugt nicht viel!

Bei der Leiharbeit gibt es Schlupflöcher noch und
noch.

Und bei den Werkverträgen ist praktisch nichts
passiert.

Nach wie vor dürfen Betriebs- und Personalräte
bei Werkverträgen nicht mitbestimmen!

Es wird immer absurder: Werkvertragsfirmen
beschäftigten ihrerseits Leiharbeitnehmer.

Das Ganze ist ein ausgeklügeltes System zur
Verdrängung von regulärer Beschäftigung.

Leiharbeit ist alles andere als harmlos.

Sie ist brandgefährlich!

Sie treibt einen Keil in die Belegschaften.

Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verdienen im Schnitt nur halb so viel wie regulär Beschäftigte!

Leiharbeit ist eben kein Jobmotor.
Sie ist eine unsichere Beschäftigung für eine Million Menschen in Deutschland
Davon allein 130.000 im Südwesten!

Deshalb gibt es kein Lockerlassen.

Doch nicht nur dafür kämpfen wir.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen auch auf die Menschen schauen, die keinen Anteil an unserem Wohlstand haben!

Wir stehen in der Verantwortung, die ganze Gesellschaft im Blick zu haben!

Eine Reform der Hartz-Gesetze ist überfällig.

Die Agenda 2010 hat vor allem die Arbeitgeber entlastet. Die Risiken liegen mehr denn je bei den Beschäftigten.

Das Ergebnis der Agenda ist ein deregulierter Arbeitsmarkt.

Beschäftigte sind erpressbar geworden.

Wer Arbeit hat, lebt mit der Angst vor dem Abrutschen in Hartz IV.

Wir müssen umsteuern, Kolleginnen und Kollegen:

Für mehr Gerechtigkeit, mehr Teilhabe,
mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität für alle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gute Arbeit, gut bezahlte Arbeit gibt es nur mit Tarifverträgen.

Die unseligen OT-Mitgliedschaften höhlen die Flächentarifverträge aus.
Damit muss Schluss sein!

In Baden-Württemberg fallen noch 51 Prozent aller Beschäftigten unter einen Flächentarifvertrag.

Ich appelliere an die Arbeitgeber:

Stoppen Sie die Tariffucht in Ihren Reihen!

Entledigen Sie sich der Schmutzkonzurrenz im eigenen Lager!

Tarifverträge schaffen faire Wettbewerbsbedingungen,
sie schaffen Planbarkeit,
sie sichern den Betriebsfrieden!

Niemandem ist mit einer Abwärtsspirale bei den Löhnen und Gehältern gedient!

Tarifverträge gehören zur sozialen Marktwirtschaft!

Soziale Marktwirtschaft muss sieben Tage gelten, nicht nur bei Sonntagsreden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeitswelt ändert sich dramatisch.

Der Wandel hat längst begonnen,

und wir sind mitten drin.

Noch wissen wir nicht genau, wohin die Reise geht.

Doch der Wandel erfolgt rasant.

Und eines ist klar:

Er kann nur gelingen, wenn

Politiker, Arbeitgeber und Gewerkschafter ihn
gemeinsam gestalten!

Die Beschäftigten müssen sich im Betrieb auf
Augenhöhe beteiligen können.

Sie sind die Expertinnen und Experten in eigener
Sache!

Der Wandel wird alle Bereiche betreffen - die
Industrie, die öffentliche Verwaltung, das
Gesundheitswesen.

Es wäre fatal, wenn er die Beschäftigten
unvorbereitet trifft.

Das beste Mittel gegenzusteuern, sind Bildungs-
und Weiterbildungsangebote,

die nicht erst dann greifen, wenn die Menschen
schon auf der Straße stehen.

Wir brauchen Konzepte, um lebenslanges Lernen
zu ermöglichen.

Weiterbildung muss verbrieftes Recht sein.

Sie darf nicht vom Gutdünken der Arbeitgeber
abhängen.

Am Bildungszeitgesetz darf nicht gerührt werden.

Politische Bildung ist so wichtig wie noch nie.

Hier steht die Politik in der Verantwortung.

Jedem muss klar sein:

Bildung bedeutet Freiheit.

Bildung bedeutet Teilhabe.

Bildung bedeutet Gleichheit.

Wir brauchen Bildungswege, die allen zugänglich, durchgängig und durchlässig sind.

Das geht von der frühkindlichen Bildung bis zu den Berufs- und Hochschulen und darüber hinaus.

Leider wird wieder ums Geld gefeilscht und nicht um die besten Konzepte.

Hier im Land muss Grün-Schwarz mehr in gut ausgebildete Lehrkräfte investieren und in die Gebäude und die Ausstattung der Schulen.

Schulen müssen unsere Kinder nicht nur auf die moderne Welt vorbereiten, sie müssen Teil der modernen Welt sein.

Die Landesregierung will wieder Studiengebühren einführen.

Noch betrifft es Studierende aus Nicht-EU-Ländern und das Zweitstudium.

Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften lehnen Studiengebühren grundsätzlich ab.

Wir meinen: Studiengebühren beschneiden Bildungschancen.

Bildung ist ein Menschenrecht, das unabhängig von der Herkunft gelten muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich komme zur Sozialpolitik.

Unsere Rentenkampagne wirkt!

Es wird wieder über Altersarmut, Absicherung und die Rolle der gesetzlichen Rente diskutiert.

Die Politik ist aufgewacht.

Doch das reicht uns nicht.

Ich kann Euch versprechen:
Da bleiben wir dran!

Wir setzen die Rentenkampagne bis zur Bundestagswahl und darüber hinaus fort.

Der DGB hat ein vernünftiges, solide finanziertes Rentenkonzept vorlegt.

Es ist möglich, die Rente zukunftsfest zu machen – mit gerechten Beiträgen.

Diese Beiträge müssen wohlgemerkt von Arbeitgebern und den Beschäftigten jeweils zur Hälfte bezahlt werden!

Der rentenpolitische Sündenfall der Jahre 2000/2001 muss korrigiert werden!

Denn wir werden nicht akzeptieren, dass das Rentenniveau bis 2030 auf 43 Prozent absinkt.

Das Rentenniveau braucht keine Absenkung.

Wir brauchen ein Rentenniveau, dass der Lebensleistung der Beschäftigten gerecht wird.

Das derzeitige Rentenniveau von etwa 48 Prozent muss stabilisiert, mittelfristig auf etwa 50 Prozent angehoben werden.

Die aktuelle Rentengesetzgebung ist weder gerecht – noch taugt sie dazu, dass sich die Beschäftigten eine verlässliche private Altersvorsorge aufbauen können.

Das Modell der privaten Altersvorsorge ist gescheitert.

An Riester, Rürup - und wie die Finanzprodukte noch alle heißen mögen – haben im Wesentlichen die Versicherungen verdient.

Und die acht Millionen Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, können sich allemal keine private Vorsorge leisten.

Wenn wir über den Sozialstaat reden müssen wir auch über die gesetzliche Krankenversicherung reden.

Die aufgekündigte paritätische Finanzierung muss rückgängig gemacht werden.

Es geht nicht an, dass die Arbeitgeberbeiträge bei 7,3 Prozent eingefroren bleiben und die Beschäftigten heute schon durchschnittlich 1,1 Prozent höhere Beiträge zahlen.

Unsere Zwei-Klassen-Medizin gehört durch eine Bürgerversicherung ersetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir über die Zukunft reden, kann es uns nicht einerlei sei, wohin sich der Sozialstaat entwickelt.

Wir setzen uns nicht nur mit dem Thema Altersarmut, sondern auch mit der Kinderarmut auseinander.

Auch im reichen Baden-Württemberg gibt es sie. Sie ist sogar gestiegen – teilweise erreicht sie dramatisch hohe Werte:

In Mannheim und Pforzheim ist mittlerweile jedes fünfte Kind arm!

Wir erwarten von der grün-schwarzen Landesregierung, dass sie sich des Problems annimmt!

In einem wohlhabenden Land sollten eigentlich alle Kinder so aufwachsen, dass sie sich gesund entwickeln und ihre Potenziale entfalten können!

Und noch eine Frage in dem Zusammenhang: Warum wachsen denn so viele Kinder in ärmlichen Verhältnissen auf?

Weil die Eltern der armen Kinder auch arm sind.

Und diese Eltern sind die armen Rentnerinnen und Rentner von morgen!

2030 wird ein großer Teil der künftigen Rentnerinnen und Rentner zum Sozialamt gehen müssen – wenn die Politik nicht gegensteuert!

Und ihre Kinder werden es erst recht tun müssen.

Das ist ein gesellschaftspolitischer Offenbarungseid!

Liebe Kollegen/Innen,

der Sozialstaat ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Er gibt uns Sicherheit – den Schwächeren genauso wie den Wohlhabenden.

Der Sozialstaat kann aber nur handlungsfähig bleiben mit einer gerechten Steuerpolitik.

Liebe Kollegen/Innen,

warum sperrt sich die Landesregierung gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer?

Warum sperrt sie sich so vehement gegen eine wirksame Besteuerung reicher Erben?

Die Erbschaftssteuer kostet keine Arbeitsplätze!

Kein gesunder Betrieb wird durch die Erbschaftssteuer in die Knie gezwungen!

Das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer könnte verdoppelt werden!

Das Land verzichtet auf viele Millionen, die für Bildung, kostenfreie Kitas, umweltfreundliche Mobilität und das Gesundheitswesen eingesetzt werden könnten!

Statt den Investitionsstau konsequent anzugehen, will sich die Landesregierung noch mit einer Schuldenbremse in der Landesverfassung zusätzlich knebeln.

Damit engt sie ihren Gestaltungsspielraum viel zu sehr ein!

Politik muss gestalten, wenn sie Chancengerechtigkeit verwirklichen will, wenn sie kommenden Generationen eine moderne Gesellschaft und ein lebenswertes Land hinterlassen will!

Die viel beschworene Nachhaltigkeit hat auch eine soziale Dimension – nicht nur eine wirtschaftliche und eine ökologische! Bezahlbarer Wohnraum, ein chancengerechtes Bildungswesen, moderne Krankenhäuser, intelligente Mobilitätskonzepte – all das brauchen wir nicht nur, um unseren Wohlstand zu sichern.

Wir brauchen es, um möglichst viele Menschen am Wohlstand teilhaben zu lassen.

Das Thema Wohnen brennt mir besonders unter den Nägeln.

Die Wohnungssituation spitzt sich in den großen Städten immer weiter zu.

Der Glaube, dass der Markt es schon richten werde, hat sich als Irrtum herausgestellt.

Hunderttausende Wohnungen der öffentlichen Hand sind in den vergangenen Jahren privatisiert worden, auch in Baden-Württemberg.

Die Finanzkrise hat die Spekulationen mit „Beton-Gold“ noch weiter angeheizt.

Auch die Mietpreisbremse löst das Problem nicht.

Der Neubau von bezahlbarem Wohnraum hinkt seit Jahren dem Bedarf hinterher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Sozialstaat ist und bleibt unverzichtbar für die Demokratisierung unserer Gesellschaft.

Nur mit einem funktionierenden Staat und einer guten öffentlichen Daseinsvorsorge können wir den Rechtspopulisten das Wasser abgraben.

Lassen wir uns nicht täuschen:

Rechtsextremisten und Rechtspopulisten geht es nicht um das Wohl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ihnen geht es ausschließlich darum, sich selbst groß zu machen –
und andere abzuwerten.

Sie wollen eine Gesellschaft, in der die Starken über die Schwache herrschen:
die Deutschen über Migrantinnen und Migranten,
die Arbeitgeber über die abhängig Beschäftigten,
die Männer über die Frauen,
die Heterosexuellen über die Homosexuellen.

Nach oben schimpfen und nach unten treten –
das ist keine Politik.
Das ist nur feige und gemein.

So wird ein Keil in unsere Gesellschaften
getrieben.

Unsere Antwort auf Herausforderungen in der
Gesellschaft heißt:

Soziale Gerechtigkeit für alle in Deutschland lebenden Menschen.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir immer und immer wieder für eine solidarische Gesellschaft und ein solidarisches Europa werben.

Europa ist zu wertvoll, um es den Populisten und Nationalisten zu überlassen – und ich sage ausdrücklich: Das gilt für alle Länder!

Wer demokratische Rechte wie die Presse- und Meinungsfreiheit einschränkt beschneidet oder sogar unterdrückt, verstößt gegen europäische Grundwerte.

Nationalistische Parolen und Großmannssucht jeder Art sind ein Irrweg, der die Staaten in die Isolation führt.

Wir stehen für ein soziales Europa!

Wir brauchen Initiativen für Wachstum, Beschäftigung und gute Arbeit in Europa!

Ein solidarisches, friedliches und geeintes Europa war der Traum der Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wir würden uns allen schaden, wenn wir nicht weiter gemeinsam an der Verwirklichung dieses Traumes arbeiteten.

Wir wollen friedlich miteinander leben –
selbstverständlich nicht nur in Europa.

Wir treten ein für weniger Rüstungsausgaben und
für einen fairen Welthandel.

Es geht nicht an, dass wir mehr Geld für Rüstung
ausgeben als für die Bekämpfung von Hunger
und Not.

Martin Luther King hat einmal gesagt:
„Wir haben gelernt, wie die Vögel zu fliegen,
wie die Fische zu schwimmen,
doch wir haben die einfache Kunst verlernt,
wie Brüder zu leben.“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

unser Handeln muss eine gerechte Gesellschaft
zum Ziel haben.

Gute Arbeit sicher und fair,

gleiche Rechte auf Bildung,

soziale Sicherheit

sind keine Relikte der Vergangenheit.

Sie sind aktueller denn je!